

Regierungsmassnahmen: Niederösterreich kämpft gegen Wirtschaftskrise!

Johanna Mikl-Leitner betont bei einer Pressekonferenz die Wichtigkeit von Reformen zur Stärkung der Wirtschaft in Niederösterreich.

Tulln, Österreich - Die niederösterreichische Landesregierung hat bei einer aktuellen Klausur im „Haus der Digitalisierung“ weitreichende Pläne zur Stärkung der Wirtschaft und zur Gestaltung der Zukunft des Landes vorgestellt. Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner betonte, dass die Regierung große Herausforderungen in den Bereichen Wirtschaftsstandort, Arbeit, Integration und Zuwanderung bewältigen müsse. Um die Wirtschaft sofort zu beleben und Arbeitsplätze zu sichern, kündigte sie einen umfassenden Aktionsplan an, der auch Maßnahmen gegen Integrationsunwillige umfasst, wie es [noe.orf.at](https://www.noe.orf.at) berichtete.

Ein zentraler Themenpunkt der Klausur war der dringende Bedarf an Reformen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, da die Region die längste Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg durchlebt. Mikl-Leitner erklärte, dass bereits 45 Prozent der vereinbarten Maßnahmen umgesetzt wurden, darunter der 1.000 Euro-Pflegescheck und die Ausbauprogramme für Kinderbetreuungseinrichtungen. Besonders nach den jüngsten sicherheitsrelevanten Vorfällen habe die Bekämpfung des radikalen Islams höchste Priorität, sodass Veränderungen in der Gesetzgebung für Schulen und Kindergärten noch vor dem kommenden Schuljahr eingeleitet werden sollen, berichtete [ots.at](https://www.ots.at).

Maßnahmen zur Konjunkturbelebung

Die Landesregierung plant massive Investitionen zur Belebung der Konjunktur, und es wurden Mittel in Höhe von 4,2 Milliarden Euro für öffentliche Projekte eingeplant, darunter der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur und die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Der Landesstellvertreter Udo Landbauer beschrieb die politischen Maßnahmen als entschlossene Aktionen zur Sicherung von Wohlstand und Arbeitsplätzen und erklärte, dass die Regierung alles unternehme, um eine weitere Konjunkturschwäche zu vermeiden. Die Wirtschaft müsse in Zeiten von hohen Lohnkosten und steigenden Energiekosten dringend entlastet werden, um die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu sichern, wie von der Wirtschaftskammer Niederösterreich gefordert.

Diese umfassenden Reformen und Investitionen sind Teil eines strategischen Plans, um Niederösterreich als Wirtschaftsstandort zu stärken und die Bürger vor den negativen Folgen der aktuellen Wirtschaftslage zu schützen. Landeshauptfrau Mikl-Leitner und Landbauer haben betont, dass klare, strenge Maßnahmen gegen Integrationsverweigerer notwendig seien, um die Stabilität und Identität zu wahren und gleichzeitig die wirtschaftliche Grundlage des Landes zu sichern.

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ort	Tulln, Österreich
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• noe.orf.at• www.ots.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at